

## ***Häusliche Gewalt: Polizeipraxis der Gefährdungsanalyse***

**Vanessa Uttenweiler  
Kim Zibulski**

Aus: Erich Marks, Claudia Heinzelmann, Gina Rosa Wollinger (Hrsg.):  
Kinder im Fokus der Prävention  
Ausgewählte Beiträge des 27. Deutschen Präventionstages  
Forum Verlag Godesberg GmbH 2023

978.3.96410.026.9 (Printausgabe)  
978.3.96410.027.6 (eBook)

**Vanessa Uttenweiler, Kim Zibulski**

## **Häusliche Gewalt: Polizeipraxis der Gefährdungsanalyse**

Laut der BKA-Statistik für Partnerschaftsgewalt sind im Jahr 2021 143.604 Menschen Opfer von (Ex-)Partnerschaftsgewalt geworden. 127 der Opfer wurden getötet oder erlagen ihren Verletzungen (BKA, 2022).

Die Tötung von (ehemaligen) Intimpartner:innen, sogenannte Intimizide, resultieren häufig aus einer Eskalation eines bestehenden Konflikts und können daher präventiv vorgebeugt werden (Greuel, 2009).

Deutschland und seine Strafverfolgungsbehörden sind, nicht zuletzt auf Grundlage der Istanbul-Konvention, dazu verpflichtet, ein standardisiertes Gefahrenmanagement in Fällen häuslicher Gewalt anzuwenden. Außerdem soll die Zusammenarbeit mit externen Fachstellen ausgebaut werden und die Nutzung von Fallkonferenzen erweitert werden (Council of Europe, 2011).

Hier knüpft das BMBF-geförderte Projekt GaTe – Polizeiliche Gefährdungsanalyse zu Tötungsdelikten in Partnerschaft und Familie – an. Leaking und andere Warnsignale im Vorfeld solcher Taten sollen erforscht werden und für Strafverfolgungsbehörden und andere Akteur:innen nutzbar gemacht werden.

Hierzu wurde vom Polizeipräsidium Ravensburg eine bundesweite IST-Stand-Erhebung zum Gefahrenmanagement und zur Gefährdungsanalyse anhand zweier explorativer Online-Befragungen durchgeführt, mit dem Ziel, die aktuell gängige Polizeipraxis im Themenfeld zu erheben. Hierfür wurden zum einen zuständige Mitarbeitende der Innenbehörden und zum anderen Sachbearbeiter:innen für häusliche Gewalt befragt. Im Folgenden liegt der Fokus auf der Befragung der Sachbearbeiter:innen und bezieht sich thematisch auf die Rahmenbedingungen der praktischen Arbeit, der Frage nach Schulungsteilnahme und –inhalten, der Bekanntheit des Phänomens Leaking, sowie den Problemen bei der praktischen Fallbearbeitung.

## Stichprobe

Die vorläufige Stichprobengröße<sup>1</sup> beläuft sich auf 511 Sachbearbeiter:innen und umfasst die Bundesländer Baden-Württemberg, Bayern, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen und Schleswig-Holstein (Teilnehmendenzahl  $\geq 60\%$  der Sachbearbeiter:innen hG im jeweiligen Land).<sup>2</sup> Für Berlin, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen und Thüringen konnten zu diesem Zeitpunkt noch keine repräsentativen Aussagen getroffen werden. Niedersachsen und Sachsen-Anhalt haben die Teilnahme an der Befragung abgelehnt. Die vorgestellten Ergebnisse beziehen sich daher nur auf die zehn vollständig erhobenen Bundesländer. In der nachfolgenden Tabelle ist die Anzahl der Teilnehmer:innen pro Bundesland aufgelistet.

Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung haben insgesamt 597 Sachbearbeiter:innen aus 14 Bundesländern an der bundesweiten Befragung teilgenommen.

Bundesland	Teilnehmendenzahl
<b>Baden-Württemberg</b>	<b>107</b> (60%)
<b>Bayern</b>	<b>129</b> (56%)
Berlin	15
<b>Brandenburg</b>	<b>29</b> (60%)
<b>Bremen</b>	<b>11</b> (60%)
<b>Hamburg</b>	<b>49</b> (>60%)
<b>Hessen</b>	<b>61</b> (60%)
Mecklenburg-Vorpommern	8
Nordrhein-Westfalen	55
<b>Rheinland-Pfalz</b>	<b>41</b> (60%)
<b>Saarland</b>	<b>16</b> (60%)
<b>Sachsen</b>	<b>41</b> (>60%)
<b>Schleswig-Holstein</b>	<b>27</b> (60%)
Thüringen	8

Abbildung 1: Teilnehmendenzahl je Bundesland

## Rahmenbedingungen

Für die zehn vollständig erhobenen Bundesländer ( $n=511$ ), ergab sich ein Mittelwert von 6,6 (Mittelwerte je Land: 3,69-15,43) zu bearbeitenden Fällen häuslicher Gewalt pro Woche und pro Mitarbeiter:in. Die Rohdaten

- 
- 1 Die Erhebung war zum Zeitpunkt der Veröffentlichung noch nicht vollständig abgeschlossen.
  - 2 Die vorgestellten Daten sind vorläufige Ergebnisse der bundesweiten Erhebung.

betrachtet, deutet sich hier eine Tendenz zu weniger Fällen in ländlicheren Regionen ab. Insgesamt konnte jedoch auch eine hohe Varianz (Standardabweichungen zwischen 2,74 und 12,94) innerhalb der Länder festgestellt werden, sodass kein eindeutiger Trend besteht. Die Sachbearbeiter:innen in Schleswig-Holstein haben mit 3,69 Fällen pro Woche/pro Mitarbeitenden die geringste Anzahl Fälle zu bearbeiten. Wohingegen Sachsen mit 15,43 Fällen die höchste Anzahl vorweist. In Relation zur Größe des Bundeslandes und den bei der Befragung erhobenen Stellenanteilen, ergibt sich für Schleswig-Holstein ein durchschnittlicher Workload. Die Sachbearbeiter:innen in Sachsen hingegen haben in Relation zur Landesgröße und den Stellenanteilen überdurchschnittlich viele Fälle zu bearbeiten.

Der/die durchschnittliche Sachbearbeiter:in hat ca. 17 Jahre Berufserfahrung und einen Stellenanteil von 52%, bei dem sich Gewaltdelikten im häuslichen Bereich gewidmet wird. An der Fallbearbeitung beteiligt sind in allen Bundesländern ausschließlich Vollzugsbeamt:innen.

## Nutzung von Vorlagen und Checklisten

64% der Befragten gaben an, dass für die Erhebung der Sachverhalte Vorlagen und/oder Checklisten genutzt werden, die vom Land vorgegeben wurden. 36% nutzen zusätzlich oder ausschließlich ein Format, das innerhalb ihrer Behörde erstellt wurde. Dieser Trend ist auch innerhalb der einzelnen Bundesländer in unterschiedlichem Ausmaß zu beobachten und verdeutlicht die stark variierende Vorgehensweise. Laut vorliegendem Datenmaterial kann in den seltensten Fällen von einem standardisierten Vorgehen gesprochen werden.

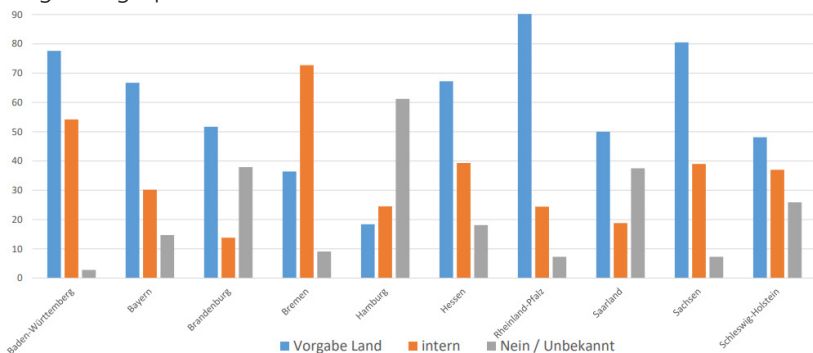


Abbildung 2: Nutzung Formblätter/Checklisten in Prozent

Das Diagramm stellt die Antworten nach Bundesland dar, wobei die linken Balken für die Nutzung von Formaten, welche vom Land vorgegeben wurden, stehen; die mittleren Balken stehen für die intern erstellten Materialien und die rechten Balken fassen die Antwortmöglichkeiten ‚nein‘ und ‚unbekannt‘ zusammen. Visualisiert können die Varianzen eindeutig hervorgehoben werden. Es geht ebenfalls klar daraus hervor, dass keines der Länder ausschließlich mit den Vorgaben der jeweiligen Innenministerien oder Innensenate arbeitet.

## Zusammenarbeit mit externen Fachstellen

Die Zusammenarbeit mit externen Fachstellen<sup>3</sup>, welche sowohl strukturellen als auch fallbezogenen Austausch beinhaltet, bejahen mit 86% die Mehrheit der Befragten. Im regelmäßigen Austausch stehen 57,3% der Befragten, Runde Tische werden von 53,7% genutzt, Fallkonferenzen von 50,3% und sporadischen Kontakt pflegen 45,4%<sup>4</sup>. Die Zusammenarbeit wird dabei von 23,1% als sehr zielführend eingeschätzt, 39,8% erachten sie als zielführend und 32,4% immer noch als teilweise zielführend. 1,4% bewerten die Zusammenarbeit mit externen Fachstellen als wenig zielführend. Da die Zusammenarbeit, insbesondere mit nicht-behördlichen Institutionen, maßgeblich von den jeweiligen Datenschutzbestimmungen des Landes abhängt, wurde entsprechend die Beeinträchtigung in der Zusammenarbeit durch den Datenschutz von 44,5% der Befragten als sehr stark oder stark eingeschätzt. 35,7% erfahren durch den Datenschutz eine teilweise Beeinträchtigung und 11,3% fühlen sich kaum oder nicht beeinträchtigt.

## Fort- und Weiterbildung

Ein weiterer Schwerpunkt der bundesweiten Befragung lag thematisch bei Schulungen, Fortbildungen und Weiterbildungen. Hier zeigen die Zahlen, dass zum einen das Angebot für Weiterbildungen mit 53,6% größer ist als das für Einführungsschulungen mit 42,1%. Und zum anderen,

---

3 Mit externen Fachstellen sind alle Fachstellen außerhalb der Polizei gemeint wie bspw. Gerichte, Staatsanwaltschaften, Ämter, Beratungsstellen, Opferschutzorganisationen, medizinische/therapeutische Einrichtungen.

4 Durch Mehrfachantworten Überschneidungen in den Prozentwerten.

dass 29% der Befragten ungeschult sind. Dies lässt sich dadurch begründen, dass entweder kein Angebot vorhanden war oder dieses abgelehnt werden konnte. Weiterhin nimmt der/die Durchschnitts-Sachbearbeiter:in für häusliche Gewalt weniger als einmal im Jahr an einer Schulung, Fortbildung und/oder Weiterbildung teil. Daher äußerten 71,4% der Befragten den Wunsch nach mehr Weiterbildungsangeboten. Themenwünsche für Weiterbildungsangebote sind unter anderem kulturelle Besonderheiten (55,6%), Gefährdungsanalyse (55,1%), Hochrisikokonstellationen (51,5%), Warnsignale/Risikofaktoren (51,2%), Tätertypologien (49,3%) und wichtige Informationsquellen (48,8%). Daneben wurden außerdem digitale Überwachung, Zusammenarbeit mit anderen Behörden, Opferverhalten und Täterarbeit als Fortbildungsthemen angeregt.

## Leaking

Das Phänomen Leaking stellt den thematischen Projektschwerpunkt dar und war 75% der Befragten unter dieser Terminologie nicht bekannt. Leaking umfasst alle themenspezifischen Äußerungen, Verhaltensweisen oder Handlungen, die von potenziellen Täter:innen ausgehen. Das können beispielsweise Tatfantasien, -gedanken, -ideen, -absichten oder Tatpläne sein. Wichtig ist, dass diese Äußerungen oder Verhaltensweisen durch Dritte potenziell beobachtbar sind und eine Intervention möglich wäre. Auch das Interesse an ähnlichen Taten, verwandten Themen oder gar Vorbereitungshandlungen werden darunter gefasst (nach Bondü, 2012).

Zum jetzigen Zeitpunkt wird in einem Bundesland explizit die Berücksichtigung von Leaking bei der Gefährdungsanalyse verlangt, wobei insgesamt 43,1% aus eigener Motivation Aspekte, die zu Leaking gezählt werden, berücksichtigen. Dahingehend wird die subjektive Gefährdungseinschätzung der gefährdeten Person von 86,1% bei der Gefährdungsanalyse berücksichtigt. Diese Einschätzung ist als Positivmerkmal ein zuverlässiger Indikator und wird auch durch die Forschung, von bspw. Greuel (2009), in diesem Themengebiet bestätigt. Die subjektive Gefährdungseinschätzung der gefährdeten Person wird zwar nicht eindeutig als Leaking klassifiziert, bietet aber gleichermaßen einen guten Anhaltspunkt für die Gefährdungsanalyse.

## Probleme und Schwierigkeiten

Die erhobenen Daten zu Problemen bei und während der Fallbearbeitung geben ein eindeutiges Bild ab. Zeitliche Ressourcen werden von 76,5% beklagt, der Mangel an Personal von 72,6%. Ebenfalls 72,6% gaben an, Probleme bei der sprachlichen Verständigung mit Gefährder:innen und gefährdeten Personen zu haben. Eine zu hohe Verantwortung bemängeln 60% der Sachbearbeiter:innen. Durch die fehlende Mitarbeit der gefährdeten oder bereits geschädigten Person treten bei 65,8% Probleme auf. Des Weiteren gibt es Schwierigkeiten bei der Informationsbeschaffung (54,0%), Unsicherheit bei der Risikobewertung (45,0%) und ein Mangel an Fachwissen (37,0%). Die hiergenannten ablaufbezogenen Probleme decken sich mit den Wünschen zu Schulungsthemen, die u.a. kulturelle Besonderheiten, die Gefährdungsanalyse, Risikofaktoren und wichtige Informationsquellen waren.

## Fazit

Die Ergebnisse machen deutlich, dass bereits einige wichtige Aspekte in der Bearbeitung von Fällen häuslicher Gewalt berücksichtigt werden bzw. mit einfließen, das Vorgehen allerdings weder innerhalb noch zwischen den Bundesländern einheitlich ist. An vielen Stellen ist eine Veränderung/Verbesserung wünschenswert, an einigen, wie bspw. bei Fort- und Weiterbildungen, zwingend notwendig. Denn nur mit einem umfangreichen, einheitlichen und problemarmen Konzept kann häuslicher Gewalt in Deutschland nachhaltig entgegengewirkt werden.

## Ausblick

Aus den Ergebnissen der Befragung, einer parallel stattfindenden Dokumentenanalyse von Handreichungen, Dienstvorschriften, o.Ä., sowie den Ergebnissen der Projektpartner:innen, soll ein Best-Practice-Ansatz abgeleitet werden, der sowohl Leaking als auch den Austausch mit externen Fachstellen beinhaltet, dynamische Konfliktsituationen berücksichtigt und bei der Bearbeitung klare Strukturen vorgibt.

Weiterhin sollen die erlangten Erkenntnisse zu Schulungsinhalten aufbereitet werden, sodass neben den Strafverfolgungsbehörden auch andere

Akteur:innen im Themengebiet davon profitieren können. Dies ermöglicht im Idealfall ein frühzeitigeres und verbessertes Eingreifen sowie die Unterstützung der Betroffenen, sodass schwere Gewalteskalationen bis hin zu Intimididen verhindert werden können.

## Quellen

- Bondü, R. (2012). *School Shootings in Deutschland: Internationaler Vergleich, Warnsignale, Risikofaktoren, Entwicklungsverläufe [School shootings in Germany: International comparison, warning signs, risk factors, developmental pathways]*. (Dissertation). Freie Universität Berlin. <https://doi.org/10.17169/REFUBIUM-8631>
- Bundeskriminalamt. (2022). *Partnerschaftsgewalt - Kriminalstatistische Auswertung - Berichtsjahr 2021*. [https://www.bka.de/Shared-Docs/Downloads/DE/Publikationen/JahresberichteUndLagebilder/Partnerschaftsgewalt/Partnerschaftsgewalt\\_2021.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=8](https://www.bka.de/Shared-Docs/Downloads/DE/Publikationen/JahresberichteUndLagebilder/Partnerschaftsgewalt/Partnerschaftsgewalt_2021.pdf?__blob=publicationFile&v=8)
- Council of Europe. (2011). *Convention on preventing and combating violence against women and domestic violence*. <https://rm.coe.int/16806b076a>
- Dudenhoefer, A.-L., Niesse, C., Görgen, T., Tampe, L., Megler, M., Gröpler, C., & Bondü, R. (2021). Leaking in terrorist attacks: A review. *Aggression and Violent Behavior*, 58, 101582. <https://doi.org/10.1016/j.avb.2021.101582>
- Greuel, L. (2009). *Forschungsprojekt „Gewalteskalation in Paarbeziehungen“*. Institut für Polizei und Sicherheitsforschung. [https://polizei.nrw/sites/default/files/2016-11/Gewaltesk\\_Forschungsproj\\_lang.pdf](https://polizei.nrw/sites/default/files/2016-11/Gewaltesk_Forschungsproj_lang.pdf)



## **Inhalt**

Vorwort	9
<i>Der Deutsche Präventionstag und ständige Veranstaltungspartner</i>	
Mannheimer Erklärung des 28. Deutschen Präventionstages	11
<b>I. Expertisen zum Schwerpunktthema</b>	
<i>Rita Haverkamp, Christoph Gusy, Tjorven Harmsen</i> Krisen und ihre Prävention aus interdisziplinärer Perspektive	19
<i>Pia-Johanna Schweizer</i> Systemische Risiken	39
<i>Harald Dreßing</i> Die Bedeutung psychischer Resilienz im Zusammenhang mit Krisen	57
<i>Donya Gilan, Isabella Helmreich</i> Die resiliente Gesellschaft – eine kollektive Antwort auf kollektive Probleme	73
<i>Jan-Philip Maaß-Emden</i> Organisationale Resilienz. Rahmenbedingungen zur Entwicklung und Erhaltung einer unternehmerischen Widerstandsfähigkeit	91
<i>Manuela Freiheit, Andreas Uhl, Andreas Zick</i> Krisen und Krisenverarbeitung	113
<i>Friedrich Gabel</i> Krisenmanagement als Wertfrage	131
<i>Nikil Mukerji, Marina Moreno, Adriano Mannino</i> Zum rationalen Umgang mit Krisen – eine philosophische Perspektive	149
<i>Alexander Fekete, Chris Hetkämper, Carlotta Bauer</i> Resilienz im Kontext von Bevölkerungsschutz und Kommunen	169

<b><i>Holger Floeting</i></b>	
Stärkung städtischer Resilienz. Lernen aus der Krise	185
<b><i>Tim Lukas, Bo Tackenberg</i></b>	
Sozialraumorientierung im Bevölkerungsschutz. Community Resilience und soziale Anpassung in Krisen und Katastrophen	203
<b>II. Vorträge</b>	
<b><i>André Biermann</i></b>	
Covid-19 – Paradoxe Erwartungen an die Risikokommunikation	231
<b><i>Cathleen Bochmann</i></b>	
Kommunale Dialoge in Krisenzeiten	247
<b><i>Karen Brünger, Maximilian von Heyden, Vivien Voit</i></b>	
Schools That Care – Kinder im Fokus schulischer Prävention	259
<b><i>Dunya Elemenler</i></b>	
Homosoziale Gruppen in der gendersensiblen Präventionsarbeit	271
<b><i>Dieter Hermann</i></b>	
Das Sicherheitsaudit – ein Pfeiler der Sicherheitsarchitektur Mannheims	279
<b><i>Günther Bubenitschek, Dženeta Isaković, Yasemin Soylu</i></b>	
Was tun gegen Hass und Hetze?	289
<b><i>Leo Keidel</i></b>	
Der Amoklauf von Winnenden und die Präventionsarbeit	305
<b><i>Stefan Lenz</i></b>	
Über die Jugend und andere Krankheiten	315
<b><i>Jule Franziska Leisner</i></b>	
Polizeiliches Präventionsangebot für junge Menschen gegen Verschwörungsmysen	327
<b><i>Marina Martin</i></b>	
Armut macht krank, Krankheit macht arm	335

<b>Andreas Mayer</b> Die Cannabis-Legalisierung zu Genusszwecken aus polizeifachlicher Sicht	345
<b>Lawrence Schätzle, Felix Munger</b> Urbane Sicherheit in Zeiten des Klimawandels? Perspektiven aus zwei Städtenetzwerken	355
<b>Johanna Friedrich, Magdalena Ortner</b> Best practice – Proaktiver Opferschutz in Berlin	369
<b>Torsten Siegemund, Anne-Marie Gallrein, Jana Peters</b> Schutz und Beratung für gewaltbetroffene Männer in Deutschland mit dem Fokus Gewalt im sozialen Nahraum	377
<b>Ute Scholpp, Carsten Wanzel</b> Gewalt gegen Polizeikräfte. Präventive Ansätze des Landeskriminalamtes Baden-Württemberg	391
<b>Peter Holnick, Anna Rübensam, Katharina Theobald, David Weiser</b> KoMeT – Kompetenz-Medien-Training: Mehr als nur Arbeitsstunden!	397
<b>Jan Hendrik Trapp, Anna Rau, Lawrence Schätzle</b> Stärkung städtischer Resilienz am Beispiel von Pandemien: Reflexionsraum für kommunales Krisenmanagement	405
<b>Tanja Kramper, Angelika Treibel</b> Flexible psychologische Hilfe für Kriminalitätsbetroffene	417
<b>Vanessa Uttenweiler, Kim Zibulski</b> Häusliche Gewalt: Polizeipraxis der Gefährdungsanalyse	429
<b>Katharina Wabnitz</b> Planetare Krisen sind Gesundheitskrisen – Zum transformativen Potenzial von (Gewalt-)Prävention und Gesundheitsförderung	437
<b>Teresa Wagner, Franziska Simon-Erhardt, Christina Storck, Simone Pfeffer</b> Kinder stärken in schwierigen Zeiten mit dem Programm ReSi+	451

*Christoph Weller*

Krisenkonflikte: Was hilft gegen Krisenprofiteure?

459

### **III. Der 28. Deutsche Präventionstag im Überblick**

*Tana Franke, Erich Marks*

Zusammenfassende Gesamtdarstellung des  
28. Deutschen Präventionstages

469

*Merle Werner*

Evaluation des 28. Deutschen Präventionstages

503

### **IV. Autor\*innen**

535